



Zentrale Figur in einem krassen Fall von Korruption und Geldwäsche: Gulnara Karimova, Tochter des Ex-Diktators Usbekistans
Foto: Getty Images

Lausige Kontrollen ermöglichen riesige Geldwäsche-Skandale

Die EU hat jahrelang auf die Schweizer Banken eingepregelt. Doch sie selbst hat den Kampf gegen Geldwäscher nicht im Griff, wie drei Fälle zeigen

Hans-Jürgen Maurus

Frankfurt Gleich drei Geldwäschereiskandale innerhalb der EU sorgen für erhebliche Negativschlagzeilen. Dänemarks grösstes Finanzinstitut Danske Bank wird am Mittwoch einen offiziellen Bericht vorlegen, wonach über die eigene Filiale in Estland allein 2013 bis zu 30 Milliarden US-Dollar aus Russland, Aserbeidschan und Moldawien geflossen sind. Die dänische Zeitung «Berlingske» mutmasst, dass mindestens 8,3 Milliarden Dollar in die Kategorie Geldwäsche fallen. Dabei flossen auch rund 230 Millionen Dollar aus dem berüchtigten Magnitski-Fall in die Schweiz. Es ging um einen riesigen russischen Steuerbetrug durch illegale Steuerrückerstattungen.

Auch die grösste niederländische Bank, ING, kämpft mit massiven Geldwäscherei- und Korruptionsvorwürfen. Sie wurde Anfang September von der niederländischen Staatsanwaltschaft mit einer Rekordstrafe von 775 Millionen Euro gebüsst.

Die drittgrösste Bank Lettlands, ABLV, kollabierte im Februar, nachdem das US-Finanzministerium das Geldhaus beschuldigt hatte, die Sanktionen gegen Nordkorea umgangen, das Raketenprogramm des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un finanziert und Geldwäsche zu einem Pfeiler seiner Geschäftsaktivitäten gemacht zu haben. ABLV wird bis 2020 abgewickelt, nachdem auch die Europäische Zentralbank

das Institut fallen liess. Sogar der Notenbankchef Lettlands, Ilmars Rimsevics, wurde beschuldigt, Bestechungsgelder akzeptiert zu haben. Er bestreitet alle Vorwürfe.

Alle drei Fälle spielen im Raum der EU und werfen gravierende Fragen über defizitäre bankinterne Risikokontrollen, schwache Compliance-Strukturen und mangelhafte EU-Bankenüberwachung auf. Dass bei der Danske Bank in einem einzigen Jahr über eine Filiale in Estland 30 Milliarden Dollar ausländischer Gelder flossen, ohne dass in der Zentrale in Kopenhagen die Alarmglocken schrillten, ist kaum vorstellbar. Laut der «Financial Times» gab es bereits 2013 interne Warnungen, die vom amtierenden Konzernchef Thomas Borgen ignoriert wurden.

Notorischer Geldwäscher wurde 49-mal als «unverdächtig» eingestuft

Im selben Jahr hatte die US-Bank J. P. Morgan ihre Geschäftsbeziehung zur Danske-Zweigstelle in Estland wegen Bedenken gegenüber ausländischen Kunden beendet. Als ein Danske-Insider 2013 einen Geldwäschereiverdacht meldete, brauchte das Topmanagement bis zum September 2017, um eine interne Untersuchung zu starten.

Auch der Korruptionsfall um die niederländische ING-Bank verdeutlicht krasse Schwachstellen, Sorglosigkeit und Schlamperei. Das hat diese Woche zum Rücktritt von Finanzchef Koos Timmermans geführt. Konzernchef Ralph Ha-

mers wurde der Bonus gestrichen. ING hat laut niederländischer Staatsanwaltschaft zwischen 2010 und 2016 zugelassen, dass dubiose Kunden praktisch «ungestört ihren kriminellen Machenschaften» nachgehen konnten. Ein Kunde auf Curaçao löste mit Transaktionen von 150 Millionen Euro in nur drei Jahren insgesamt 49-mal Geldwäschearm aus, den die Bankmanager jedes Mal als «unverdächtig» einstufte.

Ein anderer krasser Fall ist jener der Tochter des früheren Diktators von Usbekistan, Gulnara Karimova. Sie überwies ING 55 Millionen Dollar über eine Briefkastenfirma des russischen Mobilfunkbieters Vimpelcom in Gibraltar. Dieser soll nach Angaben der US-Justizbehörden mindestens 500 Millionen Dollar Bestechungsgelder gezahlt haben, um usbekische Mobilfunklizenzen zu erhalten. Die Schweiz führt seit sechs Jahren ein Geldwäschereiverfahren gegen sechs usbekische Staatsangehörige. Die Bundesanwaltschaft liess auf verschiedenen Konten in Genf und Zürich rund 685 Millionen Franken sperren, wie sie bestätigt. Der Bundesrat beschloss im Mai, diese Gelder an Usbekistan zurückzuzahlen. Vimpelcom einigte sich vor zwei Jahren mit US- und niederländischen Behörden aussergerichtlich auf eine Zahlung von rund 800 Millionen Dollar.

ING hatte bereits 2012 Ärger mit der US-Justiz und wurde zu einer Geldbusse von 619 Millionen Dollar wegen Sanktionsverstössen gegen den Iran und

Kuba verdonnert. ING-Chef Hamers musste erneut zugeben, dass die eigenen Kontrollmechanismen immer noch Schwachstellen aufweisen. Die Staatsanwaltschaft betonte, ING beschäftige zu wenige und mangelhaft ausgebildete Spezialisten.

Die EU-Bankenaufsicht ist zersplittert und unterdotiert

Die Finanzskandale verdeutlichen die mangelhafte Bankenaufsicht innerhalb der EU. Zwar übt die Europäische Zentralbank gewisse Kontrollfunktionen aus, doch die Überwachung der Geldwäscherei-Richtlinien unterliegt den nationalen Aufsichtsbehörden. Die europäische Bankenaufsichtsbehörde hat zu wenig Personal. Und den EU-Staaten wie Zypern, Malta, Litauen, Estland und Lettland fehlen sowohl Ressourcen als auch die Entschlossenheit, Korruption und Kriminelle energisch zu bekämpfen.

Eine Ausweitung der Kompetenzen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde oder die Gründung einer paneuropäischen Institution ist längst überfällig. Denn Geldwäscherei ist weltweit, grenzüberschreitend und betrifft oft verschiedene Finanzzentren, Steueroasen und Briefkastenfirmen. Solange EU-weite Regeln nur national umgesetzt und verfolgt werden, finden kriminelle Banden und Staatsmänner, die sich bereichern, immer wieder Schwachstellen im System und sind kaum auszubremmen.

Erholung im Arbeitsmarkt geht zu Ende

Die Arbeitslosenquote stagniert bei 2,5 Prozent

Basel «Bis zum Mai ist der Frühindikator jeden Monat stark gefallen, dieser Trend wurde jetzt gestoppt», sagt George Sheldon, Professor an der Universität Basel. Der Arbeitsmarktexperte hat einen Frühindikator für die Arbeitslosenquote entwickelt, der die tatsächliche Entwicklung in den vergangenen Jahren zuverlässig vorweggenommen hat. Seit Juni bewegt sich dieser Indikator nur noch seitwärts. «Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt geht langsam zu Ende», interpretiert er diese Entwicklung.

Bei unverändertem konjunkturellem Umfeld werde die Arbeitslosenquote, bereinigt um saisonale Effekte, in den nächsten fünf Monaten die Marke von 2,4 Prozent nicht unterschreiten. Momentan liegt die saisonbereinigte amtliche Quote bei 2,5 Prozent. Ob damit eine Trendwende zu wieder steigender Arbeitslosigkeit eingeleitet wird, lässt sich am Frühindikator aber noch nicht ablesen. «Dazu müssen wir erst die Daten von September und Oktober abwarten», sagt Sheldon.

Die günstige Konjunktur hat die Unternehmen dazu gebracht, zahlreiche neue Stellen zu schaffen. Ab der zweiten Jahreshälfte 2017 und beschleunigt in den ersten Monaten 2018 ist die Arbeitslosenquote deshalb stetig gesunken, von saisonbereinigt 3,3 auf 2,5 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit ist damit wieder so tief wie letztmals kurz vor dem Kollaps der US-Investmentbank Lehman Brothers vor zehn Jahren. Danach erreichte die Finanzkrise ihren Höhepunkt, und die Konjunktur brach abrupt ein.

Auch andere Indikatoren deuten auf Verdüsterung hin

Sheldons Frühindikator bleibt nicht der einzige Hinweis, dass sich die Aussichten wieder etwas eintrüben. Das Konjunkturbarometer der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich sinkt seit Anfang Jahr. Die konjunkturelle Höhenphase von 2017 wird sich gemäss KOF deshalb kaum fortsetzen lassen. Negative Impulse kamen vor allem aus der Industrie und der Exportwirtschaft.

Das überrascht nicht. Denn der Welthandel kühlt sich ab. Der World Trade Indicator des Logistikkonzerns Kühne + Nagel erlitt im August den grössten monatlichen Rückgang im laufenden Jahr. Die von US-Präsident Donald Trump ausgelösten Handelsstreitigkeiten zeigen erste negative Wirkungen. Am stärksten betroffen sind die Exporte der Schwellenländer, gemäss Kühne + Nagel zum Beispiel in Südkorea, Taiwan, Indien und Brasilien. Armin Müller

Arbeitslosigkeit sinkt nicht mehr

